

Kommentar zur Berichterstattung über die Sitzung des Ausschuss für Umwelt und Stadtentwicklung (ASU) am 25.11. 2014

Vor zwei Jahren wurden den Mandatsträgern aus Königstein und Kronberg sogenannte „Entwicklungsoptionen im Bereich Opelzoo“ vorgetragen. Die von der Zooverwaltung formulierten Optionen sollten den Magistraten beider Städte als Argumentationshilfen dienen, wenn sie als Gremien der öffentlichen Hand auf Betreiben des Opelzoos, die Interessen dieses Wirtschaftsunternehmens vertreten. Mit zwölf Antithesen habe ich seinerzeit versucht, die Optionen, die im Wesentlichen auf eine Schließung des Philosophenwegs hinausliefen, zu entkräften, um damit den Weg für die Öffentlichkeit zu bewahren. In meiner letzten These habe ich darauf verwiesen, dass die Grundlagen unseres Rechtsstaates gefährdet sind, wenn die öffentliche Hand sich darauf einlässt, beschlossene Bebauungspläne nicht durchzusetzen, sondern auf Betreiben der Betroffenen zurückweicht und die Pläne zu deren Gunsten abändert.

Von Seiten des Opelzoos wurden meine Thesen als „ehrabnehmende Aussagen“ (TZ 24.11.12) abgewehrt und diffamiert. Wer jedoch die seitherige Entwicklung kritisch verfolgt hat, wird nicht umhinkommen einzugestehen, dass meine These von damals nicht aus der Luft gegriffen war. Wie vom Opelzoo gewünscht, wurde eine Bebauungsplanänderung auf den Weg gebracht, die die Anpassung der Planfestsetzung an den aktualisierten Bedarf des Zoobetriebs und die Entwicklung eines alternativen Wegenetzes zum Ziel hat. Beim bisherigen Verlauf des Verfahrens, das im Wesentlichen die Einziehung des Philosophenwegs zu Gunsten des Opelzoos zum Ziel hat, wurde der vorgeschriebene Ablauf formal zwar strikt eingehalten, aber die von großen Teilen der Bevölkerung getragenen Gegenargumente und Änderungswünsche wurden bislang vollkommen ignoriert und nicht aufgegriffen. Bei sämtlichen bisher diesbezüglich stattgefundenen Sitzungen und Versammlungen wurden von den Vertretern des Magistrats einseitig die Interessen des Opelzoos vertreten. Eine Tendenz, die von der lokalen Presse in ihrer Berichterstattung liebedienerisch aufgegriffen wird.

Berichte über den Ablauf der Sitzung des ASU am 25.11.14 waren ein erneuter Beweis für diesen Trend und sollen mit diesem Leserbrief an Beispielen aufgezeigt werden.

Als der Ausschussvorsitzende beim Aufrufen des Tagesordnungspunktes „B-Plan Opelzoo“ auf den Stellenwert des Philosophenwegs verwies und damit bei den Ausschussmitgliedern um eine faire Diskussion bat, „nervte“ das den 1. Stadtrat. Er sah sich in seinem Eifer gebremst, auch bei dieser Sitzung brüsk und rigide wieder die Interessen des Opelzoos durchzubringen. Die gleiche Haltung brachte er dem Antrag des ASU Mitglieds von der UBG entgegen, die Beschlussfassung über die Offenlegung des B-Planentwurfs zu verschieben, da die Mitwirkung der Stadt Königstein wegen neuer Mehrheitsverhältnisse dort blockiert sei. Schneidig pochte der 1. Stadtrat auf die kommunale Planungshoheit, die es ermöglichen würde, das Verfahren auch ohne die Nachbarstadt durchzuziehen. Das war eine unverhohlene Drohung an die Königsteiner Mandatsträger. Wenn es um die Interessen des Opelzoos geht, legt man sich lieber mit der Nachbarstadt an und hat keine Geduld mehr, auf die Beschlüsse einer missliebigen Mehrheit aus Königstein zu warten.

Und was sagten die Mandatsträger als Mitglieder des Ausschusses? Die vier Vertreter der Koalition aus CDU und SPD saßen während des gesamten Tagesordnungspunktes schweigend dabei und gaben sich gelangweilt. Einzig der Genosse H. setzte noch eins drauf und kritisierte ohne Rederecht, dass der Vorsitzende die Geschäftsordnung nicht einhalten würde, wenn er Diskussionen zulasse. Wie ein ungezogener Schüler drohte er dem Vorsitzenden, dass er ihn bei der Koalition „verpetzen“ würde. Welch ein erbärmlicher Stil. Als Zuhörer fragte man sich: „Wie kann eine seriöse Partei einen solchen Radaubruder mit einem Mandat betrauen?“ Aber es ging in diesem Stil noch weiter. Als die Vertreterin der KfB in ruhigem Ton einige Anträge zur Änderung des Planungsentwurfs vortrug, schrie er erneut unerlaubt drauflos: „Sie hat es immer noch nicht begriffen“. Was hat die tapfere Dame nicht begriffen? Gemeint ist wohl, dass man sich mit einer gegenteiligen Meinung, ducken soll, um sich widerspruchslos einer machtrunkenen Mehrheit zu beugen, die der Bevölkerung den Philosophenweg abnehmen will.

Entgegen anders lautenden Berichten wurde der Beschluss zur Offenlegung des Planentwurfs nach einer ordnungsgemäß verlaufenen Sitzung schließlich gefasst, nachdem der Vorsitzende, wie es seine Pflicht ist, eine Diskussion zugelassen hatte, bei der auch politische Gegner zu Wort

kamen. Der schweigsame Boykott der Diskussion durch die Vertreter der Koalition war höchst undemokratisch.

Demokratie bedeutet die respektvolle Auseinandersetzung mit den Argumenten der Andersdenkenden. Diese Einstellung hat der Vorsitzende des Ausschusses bei dieser aber auch bei vorangegangenen Sitzungen beherzigt. Max Kahl verdient daher keine Schmähungen sondern unsre Hochachtung

Was wird nun die beschlossene Offenlegung des Planentwurfs bringen. Die Bürger können nun Einsprüche und Änderungswünsche vorbringen. Werden sie jedoch ernst genommen und aufgegriffen, oder lediglich als unliebsame Formalien zu den Akten genommen? Wir sind verunsichert.

Wie die Königsteiner gezeigt haben, sind andere Mehrheitsverhältnisse in Parlament und Magistrat letztlich die einzige sichere Möglichkeit, den neuen Bebauungsplan zur Schließung des Philosophenwegs zu verhindern. Warten wir auf die nächste Kommunalwahl. Ich werde mich vorher rechtzeitig wieder zu Wort melden.

Prof. Dr. Wolfgang Jaeschke